

Glückauf für Schacht Konrad als Atommülldeponie?

Unter diesem Thema fand am 23. Mai 1987 in der "BRÜCKE" in Salzgitter-Lebenstedt am Fredenberg eine Wissenschaftleranhörung zur geplanten Atommüllendlagerung im Schacht Konrad statt. Veranstalter waren der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Deutsche Bund für Vogelschutz/Naturschutzverband (DBV).

Ein Protokoll von [REDACTED]

Experten warnen vor Atommüll!

"Radioaktive Gase werden während des Einlagerungsbetriebes eines geplanten Atommülllagers im Schacht Konrad fortwährend in die Luft entweichen. Mögliche Unfälle beim Transport nach Salzgitter-Bleckenstedt können erheblich schlimmere Folgen haben, als von den zukünftigen Betreibern bislang angenommen. Diese Ansicht äußerten jetzt die Wissenschaftler [REDACTED] und [REDACTED]. Während einer sechsstündigen Anhörung des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) und des Deutschen Bundes für Vogelschutz (DBV) am vergangenen Wochenende im Evangelischen Zentrum "DIE BRÜCKE", informierten sich mehr als einhundert Interessierte über den Stand des Atomprojektes Konrad". Das Interesse von Salzgitters Nachbargemeinden zu der Wissenschaftlermeinung Schacht Konrad war sehr groß. Die Salzgitteraner Stadtverwaltung war beim Hearing allerdings nicht vertreten. Die angehenden Betreiber des Endlagers Konrad hatten den Veranstaltern eine Absage erteilt. Während des laufenden Planfeststellungsverfahrens sei es wenig zweckmäßig bestimmte Erörterungen zu führen, hieß es in einem Antwortschreiben der Physikalisch Technischen Bundesanstalt. So konnte aus diesem Grunde auch keine wissenschaftliche Auseinandersetzung der widerstreitenden Experten stattfinden.

(Bericht der Salzgitter-Woche am Sonntag vom 31.05.1987)

So stellte [REDACTED] (Umweltschutzforum Schacht Konrad) in seiner Eröffnung des Hearings fest:

"Das Nichthiersein der PTB-Vertreter ist hier in Salzgitter bewährte Tradition bei allen Informationsveranstaltungen, die nicht die PTB selbst organisiert bzw. auf denen sie nicht allein das Wort führt". [REDACTED] gab einen kurzen Abriß der Geschichte des Schachts. Die Eisenerzlagerstätte im Gifhorner Trog wurde 1933 bei Erdölbohrungen entdeckt. Sie enthält im Bleckenstedter Becken 30 % Eisen. (Für eine ausführliche Darstellung der Geschichte verweise ich auf die beiden Informationshefte der Bürgerinitiativen).

1. Schacht Konrad das Gutachten der Gruppe Ökologie Hannover, in Kurzfassung, vom April 1984.
2. So ist das mit Schacht Konrad, Oktober 1986.

Während ursprünglich nur von der Endlagerung schwach-radioaktiven Atommülls die Rede war, widmete die PTB den Schacht Konrad mit der Beantragung der Planfeststellung zu einem Universal-Endlager um. Jetzt heißt es 95 % allen radioaktiven Mülls seien lagerfähig in Schacht Konrad. Die unabhängigen Experten der Gruppe Ökologie, Hannover, (GÖK), kamen in ihrem kritischen Gegengutachten zu dem Schluß, daß die Eignung des Schachts als Endlagerstätte nicht nachgewiesen sei. Damit waren 6 Jahre Untersuchungen für 70 Steuerzahlermillionen in Frage gestellt. So wurde zum Beispiel beanstandet, daß eine Liste über die Zusammensetzung des einzulagernden Radio-Nuklid-Inventars fehlte und das der Abschluß des Mülls vom Grundwasser unter Biosphäre sei. Die neuen kritischen Gutachten, die die Stadt Salzgitter im März in Auftrag gegeben hat, werden Ende Juni 1987 vorliegen. So hat sich die Stadt zur eigenen Meinungsbildung unabhängigen Sachverständigen eingekauft. Daher ist der Ausgang der Diskussion um Schacht Konrad noch offen. Obwohl Konrad bereits als anerkannter Entsorgungsnachweis in verschiedenen AKW-Genehmigungen angegeben ist. Konrad soll 75 % der Abfälle aus Wackersdorf und den Kernkraftwerken aufnehmen und nur 2 % aus Zwischenlagerstätten und Kliniken. Konrad hat den Steuerzahler bisher ca. 1 Milliarde DM gekostet. Seit dem letzten Unfall in Gorleben sind die Prognosen für Gorleben als Endlagerstätte noch schlechter geworden. Wohin sollen nun die hitzeentwickelten radioaktiven Abfälle? In die Asse?

Die PTB hat nie gesagt, Konrad sei dafür nicht geeignet, sondern nur: wir haben hierfür nicht untersucht! Dazu wäre ein neues Planfeststellungsverfahren erforderlich. Die PTB könnte aber auch das Planfeststellungsverfahren für die Asse einleiten.

[REDACTED], Kernphysiker an der Uni Bremen, referierte über die Abfallklassifizierung, Sicherheitsaspekte und Problemnuklide des geplanten Endlagers. Nach den - vorläufigen - Planungen sollen im Schacht Konrad sämtliche nicht wesentlich wärmeerzeugende radioaktive Abfälle eingelagert werden können. Insbesondere

- Betriebsabfälle aus Kernkraftwerken (bis zum Jahre 2000 zirca 170.000 - 335.000 m³)
- Betriebsabfälle aus Forschung und Industrie (bis zum Jahre 2000 zirca 140.000 m³)
- Stilllegungsabfälle aus kerntechnischen Anlagen (bis zum Jahre 2000 3.000 m³)
- Betriebsabfälle der Wiederaufarbeitung (bis zum Jahre 2000 zirca 35.000 - 63.000 m³)

Das Nuklidinventar wird bestimmt durch Wiederaufbereitungsabfälle und mittelaktive Abfälle des Kernkraftwerkbetriebs (insbesondere Filterabfälle). Zu unterscheiden sind die Gefahren während der Betriebsphase, die zwischen 30 und 50 Jahren dauern soll, und der Nachbetriebsphase. Es geht um drei besondere Risiken:

1. Störfälle während des Transports
2. Während der Einlagerung (Verkehrsunfälle im Bergwerk. Dort gibt es einspurige Straßen mit Gegenverkehr!)
3. Die unendrinnbare Emission radioaktive Stoffe, die kontinuierlich vonstatten geht

So entweichen radioaktiver Wasserstoff (1 - 5 % lt. GSF), radioaktiver Kohlenstoff, Jod 129, Radon 222 und sein Folgeprodukt das radioaktive Blei 210. Die radioaktive Belastung, die am Schacht Asse II gemessen wurde, war größer als bei jedem Kernkraftwerk.

In der Nachbetriebsphase muß der Zutritt von Grundwasser ausgeschlossen bleiben. Da 200 verschiedene radioaktive Stoffe eingelagert werden, müssen Sicherheitsberechnungen für bestimmte Zeiträume und langfristige Perspektiven erstellt werden (geologische Veränderungen!).

In 1000 Jahren ist zu erwarten, daß Radioaktivität in den ökologischen Kreislauf eintritt. Immerhin ist Plutonium aus der Wiederaufbereitung dabei. Nach 50.000 Jahren gehts erst richtig los! Die Wirkung dauert bis zu 1.000.000 Million Jahre. Die entscheidenden Nuklide sind Neptunium (Np 237), das gefährlicher als Plutonium ist und beweglicher in der Natur, z. B. in Nahrungsmitteln. Es zerfällt erst in 20.000.000 Jahren. Man hatte lange dieses Element gar nicht berücksichtigt; dann Jod 129 mit einer Halbwertszeit von 16.000.000 Jahren und Amerikum 241, das zu Neptunium zerfällt. Die Zerfallsprodukte sind oft noch schlimmer. Die Sicherheitsanalyse für die Nachbetriebsphase muß sich auf 100.000 bis 1.000.000 Million Jahre beziehen. Die Kapazität des Schachts kann auch dadurch zunehmen, daß man das Radio-Nuklid-Inventar zusammenpreßt. Es ist auch noch nicht erforscht wie sich Smog auf die radioaktiven Immissionen auswirkt. Bei allen Risiken einer Endlagerung sollte man die Risiken der Betriebszeiten auch der Atomkraftwerke nicht aus den Augen verlieren. Das Kernkraftwerk Stade ist keinen Deut sicherer als das von Tschernobyl!

Der Chemiker [REDACTED], Umweltberater der Stadt Marburg, setzte sich mit dem Thema der Transportgefahren auseinander. Zunächst beschrieb er zwei Arten Behälter. Der Typ A mit seiner verlorenen Betonabschirmung bietet wenig Sicherheit. Er enthalte 3leg. radioaktiven Schlamm. Der Typ B für ausgebrannte Brennelemente spiele keine Rolle für Salzgitter. In der Regel würden Transporte in Salzgitter auf dem Schienenwege erfolgen. Man müsse mit Flankenzusammenstößen, einem dreistündigen Brand und dem Verlust von Sicherheitsbehältern rechnen. Es hat bereits in den USA zwischen 1971 und 1972 53 Transportunfälle aus dem Brennelementenkreislauf gegeben.

[REDACTED] hält die Bedingungen beim Test der Atomüllbehälter nicht für ausreichend. Ein vom Zug überrollter Behälter würde zerbrechen und den gefährlichen Inhalt freigeben. [REDACTED]: "Wenn dazu noch ein Feuer entsteht, werden die radioaktiven Stoffe pulverisiert und als Ascheteilchen in alle Richtungen verteilt. Dann könnte man die betroffenen Landstriche bei großer Gefahr für die Bevölkerung nur noch evakuieren, damit die radioaktive Dosis nicht über die Nahrungskette aufgenommen wird". Bei Transporten in der Bundesrepublik ist keine individuelle Klage dagegen möglich. Auch die Klage der Stadt Nürnberg hat nicht viel Aussicht auf Erfolg.

Sichere Transporte sind nach Ansicht [REDACTED] derart teuer, daß die Atomenergie unwirtschaftlich werde, denn ein eigenes Streckennetz wäre erforderlich. Kreuzungen wären zu vermeiden und Straßenbrücken. Man dürfte nur 50 km/h fahren. Brücken dürften nicht höher sein als 10 Meter.

- Teilnehmer wiesen noch auf die Gefahr von Sabotage hin. Auf die Frage eines verunsicherten Zuhörers, welchen Experten man glauben sollte und woran die Qualität der Wissenschaft zu messen sei, antworte der Referent: "Die Qualität wissenschaftlicher Arbeit ist abhängig von Personenzahl, Arbeitszeit und Bezahlung. Für Wackersdorf, historisch betrachtet, sind noch nicht mehr als 10 Personenjahr eingesetzt worden.

[REDACTED] vom Öko-Institut Darmstadt beschäftigte sich mit den Risiken der Strahlenbelastung beim Betrieb des Endlagers für die Atom-müllarbeiter. Bei den Strahlen handelt es sich überwiegend um radio-aktive Gase, die aus unbeschädigten Endlagerbehältern austreten. Im Normal-betrieb werden unvermeidbar freigesetzt: Tritium vor allem tritiiertes Wasser. Es wird vom Körper über Haut und Atmung aufgenommen. Gefährlich ist es, da es in den Körperzellen eingebaut wird. Offiziell berücksichtigt wird es nicht!

Ebensowenig wie der radioaktive Kohlenstoff 14, der als kohlenmonoxyd und kohlendioxyd von Pflanzen aufgenommen und angereichert wird, wie man in der Nähe von Atomanlagen sonst schon beobachtet hat. Ein großes Problem der Wiederaufbereitung von Wackersdorf ist das Jod 129 mit der Halbwertzeit von 16.000.000 Millionen Jahren. Es wird in der Schilddrüse ange-reichert (biologische Halbwertzeit zirca 4 Monate) und in der Nahrungs-kette (Weide-Kuh-Milch-Mensch).

Da bei Kindern die Schilddrüse noch klein ist, sind sie die besonders ge-fährdete Bevölkerungsgruppe. Das Edelgas Radon diffundiert durch Metall und Beton hindurch, reichert sich in der Lunge an. Radium 222 zerfällt in das relativ langlebige Blei 210, das sich in Knochen, Leber und Nieren anreichert. Die Emissionen von Schacht Konrad sind mehr als bei einem Atomkraftwerk schon im Normalbetrieb. Da in der Nähe von Kernkraftwerken segnifikant höhere Krebsraten zu verzeichnen sind, ist in Salzgitter schlimmes zu erwarten! Hier sei die Stadt an ihr Wort erinnert, daß sie ihre Zustimmung bei drohender Gesundheitsgefährdung nicht geben würde. Smog würde die Situation verschärfen. Je mehr endgelagert wird, desto mehr Emissionen! Die Arbeiter auf dem Gelände um den Schacht und im Schacht bekämen die höchste Strahlenbelastung. Dennoch würden zusätzliche Krebsfälle nicht signifikant nachweisbar sein.

Der Rechtsanwalt [REDACTED], Atomrechtsexperte aus Bremen, behandelte schließlich die rechtlichen Aspekte des Planfeststellungsverfahrens. Er wies darauf hin, daß die Entscheidung über Schacht Konrad unter Zugzwang geschieht, da ständig weiter nukleare Abfälle produziert werden und der Schacht Konrad in vielen Genehmigungen für Kernkraftwerke als Entsorgungsnachweis auftaucht. (Vorabbegründung) Eine Planungsentscheidung, die unter Zugzwang getroffen wird, ist schlecht. Da der "Richter" und die eine Partei schon von vornherein zur selben Partei gehören, muß man aufpassen, daß nicht zuviel "Kungelei" geschieht zwischen Antragsteller und Genehmigungsbehörde. Maßstab sind Verfahrensrecht und Atomgesetz. Schon jetzt ist deutlich, daß der Plan der PTB den Anforderungen nicht genügt, ganz gleich ob er richtig oder falsch ist. Deutlich ist auch, daß vieles in Salzgitter nicht mehr möglich sein wird, wenn Schacht Konrad nukleares Endlager würde. Wird dann z. B. Salzgitter-Bad noch bei Urlaubern gefragt sein...? Insoweit sind die Gemeinden anbindungsberechtigt und Klagebefugt. Grundsätzlich wird zu fragen sein, ob der Plan genug ausgelegt worden ist, ob alles wesentliche lang genug ausgelegt hat. Unter Geheimniskrämerei kann man nicht diskutieren. Es ist genau zu prüfen, wo Offenlegung verweigert worden ist. Es sind noch viele Fragen ungeklärt, so z. B. das Synagismusproblem (wie reagieren die mit der Abluft in die Umwelt gelangenden radioaktiven Stoffe mit den sonst noch von der Hütte und der Pyrolyse produzierten Emissionen?). Die Arbeitschutzbedingungen für die Hüttenarbeiter sind nicht klar formuliert. [REDACTED] wies darauf hin, daß aufgrund des hohen finanziellen Risikos die großen Verfahren im Umweltbereich stets durch Umweltverbände bestritten worden sind. Eine Umkehr der Beweislast ist noch nicht geltendes Recht.

Die räumliche Erstreckung nuklearer Risiken dürfte zwischenzeitlich jedem klar geworden sein. Im Erörterungsverfahren kann jedermann, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden (§ 73 IV Verwaltungsverfahrensgesetz), Einwändungen erheben. Hier kann sich die tatsächliche Betroffenheit von Flensburg bis München ausdrücken. Davon zu unterscheiden ist die Frage in welchem Kreis räumliche Nähe zu der Anklage noch eine Rechtsbetroffenheit vorliegt, die zur Anfechtungsklage berechtigt. Das Risikopotential der geplanten Anlage ist unvergleichlich groß. Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens müssen alle Erwägungen, Versuche und Gutachten sein, die im Ergebnis den Träger des Vorhabens zu der Position geführt haben. Dieses Risiko sei zu verantworten.

Eine Vielzahl von Betroffenen müssen in dem Verfahren zu Wort kommen. Diese verfügen über verschiedene Informationsstandards (die vorab beteiligten Gemeinden im Gegensatz zu den nur auf die Auslegung angewiesenen Bürgern) und sie verfolgen zum Teil divergierende Interessen. Es ist Aufgabe der Verfahrensführung diese Gegensätze produktiv zu machen. Die zeitliche Erstreckung der einmal in die Welt gesetzten Risiken des Endlagers ist das zentrale rechtliche Problem des Verfahrens. Dieses kann durch naturwissenschaftliche Modelle nur erhellt werden; die Entscheidung bleibt eine ethisch zu begründende und zu verantwortende.

Nicht alle Probleme des Schacht Konrad werden Gegenstand des atomrechtlichen Planfeststellungsverfahrens sein. Was wie weit Gegenstand des Verfahrens sein soll, wird ein zentraler Streitpunkt werden.

Bedeutend und höchst umstritten ist die Frage inwieweit die Transportrisiken nach der Anlage zuzurechnen und damit im atomrechtlichen Verfahren zu verarbeiten sind. Nach der Rechtsprechung sind solche Risiken zu beachten, die nicht auch ohne die Anlage vor Ort zu gegenwärtigen sind. Demnach wäre auf einer Hauptstrecke stets auch mit Verkehr von Atom Müll zu rechnen, der gebündelte und von der Anlage angezogene Verkehr ist jedoch Anlagenspezifisch. Diese allgemein schwierige Frage wird hier noch dadurch rechtlich kompliziert, daß der Verkehr überwiegend mit der Bundesbahn abgewickelt werden soll. Der Betrieb der Bundesbahn ist aber Hoheitsaufgabe des Bundes, so daß ein nicht abschließend im Verfahren zu regelndes Problem entsteht: Im Zweifel könnte die Deutsche Bundesbahn etwa im Planfeststellungsbeschluß enthaltene Sicherheitsauflagen mit dem Argument zurückweisen, daß eine Bindung in ihre hoheitlichen Funktion unzulässig sei.

Während der zweimonatigen Auslegungsfrist können Einwändungen erhoben werden. Eine Einwändung muß kein wissenschaftliches Gutachten sein, aber das Rechtsgut, das von der Anlage bedroht ist, muß geschildert werden (also die Gesundheit, der eingerichtete Gewerbebetrieb oder das Eigentum an Ländereien). Auch muß der befürchtete Ereignisablauf, wenn auch laienhaft, geschildert sein. Wichtig ist in der Einwändung die Behörde auf Besonderheiten hinzuweisen, die sie nicht kenne kann, dies ist etwa eine besonders labile Konstitution, eine besondere Angewiesenheit des Betriebes auf eine unbelastete Umwelt oder eine vorab gegebene Belastung zu der die Belastung der Anlage hinzuträte.

Nur die Einwänder nehmen am Erörterungstermin teil. Deshalb müssen die Einwänder rechtzeitig eine eigene Verhandlungsstrategie entwickeln. Es ist eine Frage der konkreten Situation ob mit der Anhörungsbehörde hierüber vorab Absprachen getroffen werden können.

Ich habe viele wichtige Informationen an diesem Seminartag zum ersten Mal gehört. Alles Dinge die uns die Atomfreunde mit Erfolg jahrelang vorenthalten haben.

[REDACTED]